

Mobilität Region Bern: Die Rolle des öffentlichen Verkehrs

Mobilität ist für die Menschen ein Grundbedürfnis – sie erlaubt uns buchstäblich unsere Ziele zu erreichen. Es gibt nicht einfach ÖV-Fahrer, Fussgänger, Velofahrer oder Autofahrer. Menschen wählen das optimale Verkehrsmittel nutzenorientiert aus. Nebenwirkungen der Mobilität wie Lärm, Gefahr und Luftverschmutzung sind zurückgegangen und die Sicherheit ist enorm gestiegen. Das Bedürfnis nach Mobilität nimmt weiter zu, prognostiziert ist ein Verkehrswachstum alleine auf der Strasse um 25% bis ins Jahr 2030. Die Infrastruktur bleibt dabei begrenzt. Dieses divergierende Zusammenspiel zu meistern ist die Herausforderung für die Politik.

Heute spielt der öffentliche Verkehr in der Mobilität noch eine zentrale Rolle. Die aktuellen Entwicklungstendenzen, wie steigende Preise für den Endkunden, immer höhere Subventionen, Skandale falscher Buchführungen mit Veruntreuung staatlicher Gelder, Streitigkeiten vor den obersten Gerichten der Schweiz, ausgelöst durch merkwürdige Auftragsvergaben der öffentlichen Hand, zeigen, dass es Zeit ist, mit grundlegenden Veränderungen zu starten.

Wir stellen fest, dass

- es in der Schweiz über 300 konzessionierte eigenständige Transportunternehmen gibt
- diese Betriebe zu wesentlich mehr als der Hälfte ihrer Einnahmen durch Entgelte der öffentlichen Hand mit Leistungsauftrag erhalten
- diese Betriebe, meistens in Besitz der öffentlichen Hand, sich gegenseitig konkurrenzieren müssen, weil die selbe öffentliche Hand die Leistung in öffentlichen Verfahren ausschreibt
- dieselbe öffentliche Hand aus Kostengründen die Transportunternehmen zur Zusammenarbeit zwingt (beispielsweis Linie 6 in Bern),
- sich dieses marktwirtschaftliche Gehabe und der angeordnete Kooperationszwang nicht vertragen können

wir stellen weiter fest, dass sich eine grosse Anzahl der Betriebe unter anderem

- eigene Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen
- eigenes Infrastrukturmanagement
- eigene Planungssysteme pro Planungsgattung (Infrastruktur, Fahrleistung, Personal, Fahrzeuge)
- eigene Leitsysteme
- eigene Marketingabteilungen
- eigene Ticketautomaten
- eigene Webseiten und Apps
- eigene Public Relations

leisten.

Grosse Städte weltweit zeigen, dass es keinen Grund gibt, mehrere Anbieter der oben genannten Punkte für die Region Bern bereitzustellen. Es ist eine staatliche Aufgabe, mit entsprechender Führung und Regelsystemen dafür zu sorgen. Es ist also eine staatliche Aufgabe, mit entsprechender Führung und Regelsystemen dafür zu sorgen.

Vernetzen wir den ÖV mit den anderen Mobilitätsteilnehmern, stellen wir fest, dass sich aus einem wie oben beschrieben gereiften ÖV ein Gesamtmobilitätssystem entwickeln liesse, indem beispielsweise

- ein Infrastrukturmanagement (die Mobilitätsteilnehmer teilen sich zunehmend die Infrastruktur)
- ein Planungssystem pro Planungsgattung Infrastruktur und Fahrleistung (die Fahrleistung nimmt immer mehr zu, die Infrastruktur ist nicht mehr gross erweiterbar)
- ein Leitsystem (alle Mobilitätsträger sind im gleichen Verkehrsfluss und gegenseitig abhängig)
- eine Webseite und eine App (der Mobilitätsbedürftige kümmert sich nicht um Farben und Firmenbrands einzelner Mobilitätsanbieter; klare Qualitätsmerkmale mit klar erkennbarem Preis ist von Interesse)

für alle Mobilitätsträger zu realisieren wäre.

Die pure Fahrleistung und die individuellen Fahrgestelle sind beliebig verteilbar und entweder von vielen KMU-Betrieben oder von wenigen Grossen zu erbringen – das kann der Markt zeigen. Der Staat ist jetzt in der Verantwortung, die Mobilität als Ganzes zu sehen. Als erstes gilt es

- Intelligente Gesetzesgrundlagen zu schaffen
- Intelligente Zusammenschlüsse der 300 Transportunternehmungen herbeizuführen (die Unternehmungen sind oft im Besitz der öffentlichen Hand).
- Intelligente Auftragsvergaben der Leistungsaufträge zu entwickeln (kein Markt spielen wo es keinen gibt)
- Intelligente operative Steuerung durch eine Verkehrsplanstelle und eine Verkehrsleitstelle für alle Mobilitätsträger (nicht eine für jede Verkehrsgattung mehrere)

Das Ziel ist, dass die Mobilität ganzheitlich betrachtet und geführt wird, Subventionen nur dort fließen, wo sie nötig sind und nur so viel wie nötig.

Die Gemeinderäte rund um Bern fordern den Grossen Rat auf, dem Regierungsrat den Auftrag zu geben, diese Aspekte in der Mobilitätsstrategie aufzunehmen und auszuarbeiten. Er muss ohne Tabus überprüfen, wo eine engere Zusammenarbeit der Transportunternehmungen oder sogar eine Fusion (Bernmobil, PostAuto, RBS, BusLand, Teile von BLS) Sinn macht.

März 2018

Die liberalen Gemeinderäte der Region Bern